

Das unvorstellbare Massaker des israelischen Militärs gegen die palästinensische Bevölkerung in Gaza findet seine grauenhafte Fortsetzung mit der jetzt begonnenen Bodenoffensive gegen Rafah. Der international renommierte Völkerrechtler Professor Norman Peach sagte dazu: „Das ist kein Krieg mehr, das ist eine Exekution von barbarischen Ausmaßen“. Gegen diesen Völkermord und gegen seine kaum verhüllte Unterstützung durch die sogenannten westlichen Demokratien, allen voran Deutschland und die USA, protestieren und demonstrieren mit allem Recht der Welt Millionen Menschen auf dem ganzen Erdball, darunter auch tausende von Jüdinnen und Juden. Auch in Israel selbst gibt es solche Proteste.

Die Regierungen in den USA, in Deutschland und in vielen anderen mit Israel verbündeten Ländern ziehen alle Register, um diese Proteste einzudämmen und zu unterdrücken. Dazu werden die verschiedensten Mittel staatlicher Repression ins Feld geführt, wie zum Beispiel Einschränkungen der Meinungsfreiheit und des Versammlungsrechts. Diese werden oft mit brutalen Polizeieinsätzen durchgesetzt. Ein eklatanter Fall ist die Auflösung des Palästinakongresses in Berlin.

Besonders perfide ist die regierungsamtliche Kriminalisierung und Diffamierung der Palästinasolidarität als angeblich antisemitisch. Die hierzulande nahezu gleichgeschalteten Massenmedien lassen sich für diese Schweinerei voll instrumentalisieren. Der griechische Linkspolitiker Yanis Varoufakis sagte dazu: „Wir werfen euch vor, die besten Freunde der Antisemiten zu sein, indem ihr das Recht Israels, Kriegsverbrechen zu begehen, mit dem Verteidigungsrecht der israelischen Juden gleichsetzt.“ Ergänzend dazu muss gesagt werden, dass dieser verantwortungslose Missbrauch des Antisemitismus-Begriffs nicht nur den wirklichen Antisemiten in die Karten spielt. Er macht es auch immer schwieriger, gegen antisemitische Ansichten und Vorurteile anzukämpfen.

Was kommt nun, wenn niemand der israelischen Regierung in den Arm? Rafah ist die einzige Stadt in Gaza, die noch nicht einer einzigen großen Trümmerwüste gleicht. Das Militär wird sie in solche verwandeln, egal ob und inwieweit die Menschen den Befehlen zur Zwangsumsiedlung Folge leisten. Wo sollen sie auch hin?

Berlin weiß all das auch. Die Regierung behauptet immer wieder, sie vertraue auf die Zusicherungen Israels, dass man ziviles Leben schonen werde. Das kann niemand mehr glauben! Zu viel haben wir von dem mörderischen Wüten mitbekommen, zu groß ist die Zahl der Toten und Verletzten.

In dieser verzweifelten Lage – was können wir da tun? Zunächst protestieren und reden. Sagen wir die Wahrheit, klären wir auf. Zeigen wir unsere Solidarität mit dem Palästinensischen Volk. Fordern wir den sofortigen Stopp aller Waffenlieferungen an Israel.

Genau damit zeigen wir Deutschen, dass wir Lehren aus unserer Geschichte gezogen haben.

